

Wir leben in unsicheren Zeiten

Energieknappheit: „Habeck kritisiert ‚Erpressung‘“, FR-Titel vom 22. Juli

Ich vermisse die Solidarität des Kapitals

Wir fragen uns: Dreht Putin den Gashahn auf oder wieder zu? Wie weit auf oder wie weit zu? Reicht es oder reicht es nicht? Wir können das Alphabet rauf und runter reden in Interviews, Talkshows, Podcasts und Kommentaren: Fakt ist – Russland als Gaslieferant ist unzuverlässig und unberechenbar geworden. Unsere Energieversorgung hängt plötzlich von einem launenhaften Despoten ab.

Es ist vergleichbar mit einer Ehe. Plötzlich wird ein Ehepartner unzuverlässig, schikanös und unberechenbar. Da hat man die Wahl. Entweder man erträgt es, bis man daran kaputt geht, oder man kehrt dieser Ehe den Rücken und fängt ein neues Leben an. Für unser Land ist der zweite Weg sicher der beste. Es kann aber nur gelingen, wenn sich alle beteiligen. Es sind sehr viel Investitionen und sehr viel Geld nötig. Ich vermisse die Solidarität des Kapitals. Hier könnte man viel mehr investieren, in einen Umbau der Wirtschaft hin zu mehr Unabhängigkeit in Form von erneuerbaren Energien.

Die Menschen können einige Zeit Notlagen durch Sparen von Energie überbrücken, was sogar wünschenswerte Nebeneffekte hätte, nämlich Abbau von Überproduktion und sinnlosem Konsum. Aber wenn wir unseren Wohlstand einigermaßen bewahren wollen, müssen wir schnell viel Geld in die Hand nehmen, und das scheint ja vorhanden zu sein, wenn man liest, dass in der Coronazeit Reiche noch reicher geworden sind und Konzerne große Gewinne gemacht haben.

Der Staat kann den Umbau der Wirtschaft nicht allein schultern. Hier ist das reichlich vorhandene Privatkapital gefragt. Milliardäre, Millionäre, Aktionäre leben nicht auf einem autonomen Planeten der Glückseligkeit. Sie sind Teil unserer demokratischen Gesellschaft. Ein Wirtschaftszusammenbruch würde sie treffen. Ihr Reichtum ist durch die jahrelange liberale Wachstumswirtschaft entstanden, an der alle

Menschen unseres Landes mitgearbeitet haben. Da ist es nur recht und billig, dass Staat und Kapital zusammenwirken, um unsere Zukunft zu retten.
Rosemarie Pfeiffer, Gelnhausen

Wir sind offenbar nicht gut vorbereitet

Die nächste Stufe der Gaskrise wird gezündet in der EU. Jetzt ist Solidarität gefragt – alle müssen den Gasverbrauch bis zum Ende des Jahres um 15 Prozent und mehr reduzieren. Schaffen wir das – oder wird eine staatliche Regulierung Abhilfe schaffen?

Die Gasspeicher füllen sich nur langsam, es sollten mindestens 95 Prozent sein bis zum Winter. Wenn nicht, was dann? Mehr Strom durch Kohle und Atom spart auch Gas ein? Alle Berechnungen durch Wirtschaftsminister Habeck exakt, den Winterverbrauch an Gas vorherzusehen, können auch schiefgehen. Wir leben in unsicheren Zeiten. Waldbrände, zu wenig Grundwasser, der Wasserpegel des Rheins sinkt stark, der Schiffsverkehr erheblich eingeschränkt. Auf alle diese Probleme sind wir nicht gut vorbereitet. Wo bleiben die sicheren Alternativen, uns besser zu schützen?
Thomas Bartsch-Hauschild, Hamburg

Es bedarf eines nachhaltigeren Konzepts

Der Vorstoß von Robert Habeck zielt in eine falsche Richtung. Schließlich wäre es in der angespannten Situation insbesondere zur Wahrung des sozialen Friedens wesentlich hilfreicher, sich zum Beispiel wie in Spanien für eine „Übergewinnsteuer“ für die größten Krisenprofiteure stark zu machen, anstatt die ökonomischen Kosten des Konflikts mit Russland nach der Devise „Den Letzten beißen die Hunde“ auf die einfachen Verbraucher oder kleinere mittelständische Unternehmen abzuwälzen. Deshalb bedarf es eines nachhaltigeren Konzepts, zumal selbst in anderen Ländern wie Italien, die noch stärker von russischem Gas abhängig sind, die Politik keine solche Panik wie in Deutschland

mit täglich neuen Sparmaßnahmen schürt und angesichts dessen, dass auch zu Hochzeiten des Kalten Krieges die Energie-lieferungen immer sehr zuverlässig aus der Sowjetunion erfolgt sind und der Kreml sein Gas nicht so einfach wie das Öl nach Indien oder China umleiten kann, momentan sehr viel gegen eine wie auch immer geartete „Erpressungslage“ spricht!
Rasmus Ph. Helt, Hamburg

Erst kommt das Fressen, dann die Moral

Die für 2022 notwendigen Monatsabschläge in meiner Gasabrechnung sind 57 Prozent höher als 2021. Wenn das alle so trifft, wird ein verantwortungsvoller SPD-Politiker sich fragen lassen müssen, wie das philosophische Programm eines grünen Ministers von den wehrlosen Betroffenen getragen werden soll. Da sind die versprochenen Lohn- und Zuschuss-Erhöhungen – mit den Worten der Banker – „Peanuts“.

Ein Philosoph auf dem Ministersessel sollte sich an Bertolt Brecht erinnern, der unphilosophisch, aber plastisch die Volksmeinung erklärte: Erst kommt das Fressen, dann die Moral. Wenn unsere gewählten Politiker die unabwendbaren Kosten – Miete, Lebensmittel Beweglichkeit – nicht angemessen steuern, entsteht ein soziales Ungleichgewicht. Das hat auch der philosophische Minister, dessen Aufgabe es ist, uns mitzunehmen, als erste Priorität zu beachten. Vor dem Hintergrund der erfolglosen Glasgower CO2-Debatte, die von Greta mit „Blablaba“ treffend bezeichnet wurde, ist das eine Prozent der Deutschen an der Weltbevölkerung, die sich keine durchgreifende CO2-Beschränkung auferlegt, niemals in der Lage, unseren Planeten von der drohenden CO2-Gefahr zu befreien. Pragmatische Maßnahmen, die keine sozialen Ungleichheiten hervorrufen, muss sich Herr Habeck einfallen lassen. Sonst wiederholt sich für ihn die Geschichte der Gescheiterten.
Wulf Schmiedeknecht, Bochum

Diskussion: frblog.de/energie



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20220727

Alle können was tun

Frankfurt: „Zur Hölle mit der Hitze“, FR-Region vom 20. Juli

Jeden Tag steht in allen Tageszeitungen, Wochenzeitungen, Sonntagszeitungen immer wieder, wie schlimm es um unser Klima steht. Aber es gibt immer noch viel zu wenig Handeln, um etwas gegen den Klimawandel zu tun. Meine Devise für unsere geplagte Stadt: Bäume, Bäume, Bäume! Mir schwebt eine Vision und/oder Utopie vor: Wenn jeder Frankfurter Bürger einen Baum pflanzte, hätten wir ein schönes kühlendes Wäldchen beisammen oder sogar auf Dauer einen ausgewachsenen Wald.

Nicht jeder kann den Spaten in die Hand nehmen. Wer das nicht kann, wirft Geld in den Topf (statt einmal Essen gehen selbst kochen), für das Ersparte „ein Geld“ in den Topf, so dass Andere die Arbeit übernehmen können. Wer ein bisschen mehr im Portemonnaie hat, darf ein bisschen mehr einwerfen. Wenn es für den Baum nicht reicht, dann vielleicht für eine Fassaden- oder Dachbegrünung, da gibt es viele Fördergelder im Programm „Frankfurt frisch“.

Kann nicht jeder etwas tun, ohne dass man sagt: „Die Stadt, die Politik soll was tun“? Wie gerne würden wir im Schatten unseres Baumes sitzen.

Ute Wittich, Frankfurt

Der Käse ist gegessen

Dürre und Waldbrände: „Inferno im Süden“, FR-Panorama vom 18. Juli

Vier Grad mehr noch in diesem Jahrhundert? Prof. Kevin Anderson (Uni Manchester und Tyndall Center for Climate Change Research) sieht das aktuell so. Professor Harald Lesch hatte schon 2020 im Zusammenhang mit Fracking-Methan (84-mal klimaaaktiver als CO₂) auf diesen Temperaturanstieg hingewiesen (Fracking-Methan – Todesstoß fürs Klima?). Ein Stoppen des Methanausstoßes könnte den Anstieg bremsen, aber wir machen mal wieder das krasse Gegenteil. Fracking für LNG, was soll's? Transportwege, Verschiffung, LNG-Terminals etc. erhöhen auch noch die CO₂-Belastung, abgesehen vom eigentlichen LNG-Verbrauch.

Fracking hierzulande würde bedeuten: Gefährdung, gegebenenfalls Vernichtung des knappen werdenden Trinkwassers, forever! Bevor's aber vier Grad wärmer ist, kollabiert unser Ökosystem. Klopfen wir Boomer und Millennials uns also trotz der logischen Warnungen Einsteins („Eine neue Art von Denken ist notwendig, wenn die Menschheit weiterleben will“) und des Club of Rome (1972, „Grenzen des Wachstums“) doch einfach auf die Schultern und sagen: Der Käse ist gegessen. Die nächste Generation soll sehen, wo sie bleibt?
Rainer Wild, Wunsiedel

Warum werden die Ausgaben für das Militär nicht hinterfragt?

„Sondervermögen“: „Kanzler Scholz muss Fehler von Minister Scholz ausbaden“, FR-Wirtschaft vom 15. Juli

Bundesregierung und Union sich auf das Sondervermögen verständigt. Die 100 Milliarden für die Bundeswehr sind die größte Verschwendung von Steuermitteln seit Bestehen der Bundesrepublik! Haben die verantwortlichen Politiker nicht gewusst oder wissen wollen, dass die Bundeswehr schon lange nicht unter Geldmangel leidet? Ab 2015 ist der Verteidigungshaushalt von 32,4 auf 50,3 Mrd. Euro im Jahr 2022 gestiegen. Wie kann man bei solchen Summen von desolater Ausrüstung sprechen? Wofür ist das viele Geld ausgegeben worden? Teilweise wurde bekannt, was nicht funktioniert: Pannenflieger A 400 M, Sturmgewehr G36. Wie können

dafür und viele andere nicht einsatzbereite Waffensysteme Milliarden ausgegeben werden, ohne die Ausgaben zu hinterfragen? Jetzt will die Politik diese Probleme mit 100 Milliarden zuschütten, ohne den Gründen der teuren Misswirtschaft nachzugehen? Ein Aufschrei der Empörung müsste durchs Land gehen! Wir alle wissen, dass die 100 Milliarden an anderen Stellen fehlen werden: Bei der Lösung des riesigen Problems Klimawandel, bei den dringend notwendigen Investitionen in Infrastruktur, Gesundheitswesen, Bildungsbereich bis zur Bekämpfung der Armut.
Die 100 Milliarden haben keinerlei Einfluss auf den verbrei-

terten Krieg gegen die Ukraine, aber einen erheblichen Einfluss auf die Aktienkurse der Rüstungskonzerne. Und hier muss man auf die Zusammenarbeit von Politik, Rüstungsfirmen und Militärs hinweisen, die vom ehemaligen US-Präsidenten Eisenhower als militärisch-industrieller Komplex bezeichnet wurde: ein undurchschaubares Geflecht von Beratern und Lobbyisten.
Die vorgesehene gigantische Aufrüstung hat nichts mit Landesverteidigung zu tun. Deutschland hat bereits den siebten Platz bei der Höhe der Militärausgaben. Nach der Umsetzung der Zwei-Prozent-Vorgabe ist es in dieser Liste auf Platz vier. Die

Höhe der Militärausgaben ist kein Garant für mehr Sicherheit, was die 16-fache Überlegenheit der Nato gegenüber Russland zeigt. Selbst diese hat Putin nicht von seinen massiven Drohungen abgehalten.
Es ist falsch, den Verteidigungsetat an das Bruttoinlandsprodukt zu koppeln. Wann lernen die verantwortlichen Politiker, dass Aufrüstung mit Friedenssicherung nichts zu tun hat, sondern Voraussetzung für Kriege ist? Und wann endlich wehrt sich nicht nur eine Minderheit der Menschen gegen diese irrsinnige Aufrüstung?
Rolf Wekeck, Kassel

Diskussion: frblog.de/pazifismus